



Rat der
Europäischen Union

014539/EU XXVI. GP
Eingelangt am 12/03/18

Brüssel, den 2. März 2018
(OR. en)

6291/18
PV CONS 6
AGRI 89
PECHE 50

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Landwirtschaft und Fischerei)


19. Februar 2018

INHALTSVERZEICHNIS



Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 3
2. Annahme der Liste der A-Punkte 3
Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Mitteilung der Kommission "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft"  3
4. Überarbeitung der Bioökonomie-Strategie der EU und die Rolle des Agrarsektors..... 6
5. EU-Eiweißplan 6

Sonstiges

6. a) Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe und Kroatiens zu der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft"  6
- b) Beitrag der Kohäsionspolitik und anderer politischer Maßnahmen der EU nach dem Jahr 2020 zur ländlichen Entwicklung – ergänzend zur Unterstützung im Rahmen der GAP  6
- c) Task Force für das ländliche Afrika - Stärkung unserer Partnerschaft in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft..... 6

*

* *

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 5855/18 + COR 1 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

5919/18

Der Rat nahm die in Dokument 5919/18 enthaltene Liste der A-Punkte an. Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum enthalten.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die entsprechenden Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Landwirtschaft

- | | | |
|--|-----|---|
| 1. Zuckerabgaben für 1999/2000 und 2000/2001
<i>Annahme</i>
vom SAL am 12.2.2018 gebilligt | [C] | 5608/18
5620/18
+ COR 1 (de) |
|--|-----|---|

Standpunkte der EU für internationale Verhandlungen

- | | | |
|--|-----|---|
| 6. Beschluss über den Vertrag zur Gründung einer
Verkehrsgemeinschaft mit dem Westbalkan
<i>Annahme</i>
vom AStV (1. Teil) am 14.2.2018 gebilligt | [C] | 5806/18
5438/18
+ COR 1 (de) |
|--|-----|---|

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- | | | |
|---|------|---------|
| 3. <u>Mitteilung der Kommission "Ernährung und Landwirtschaft der
Zukunft"</u>
<i>Informationen der Kommission</i>
<i>Gedankenaustausch</i> | [P2] | 6066/18 |
|---|------|---------|

Auf Grundlage der vom Vorsitz im Dokument 6066/18 vorgeschlagenen Fragen führte der Rat einen Gedankenaustausch über die Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft", wobei er sich insbesondere mit den Themen Direktzahlungen, Umwelt- und Klimaschutz sowie ländliche Entwicklung befasste. Der Rat nahm die Informationen des Kommissionsmitglieds Hogan zu den diesbezüglich wichtigsten Aspekten der Mitteilung zur Kenntnis. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes behandelte der Rat außerdem zwei Punkte unter "Sonstiges", die von der Visegrád Gruppe mit Unterstützung Kroatiens bzw. Polens vorgeschlagen worden waren. Abschließend fasste der Vorsitz den Gedankenaustausch mit den folgenden mündlichen Schlussfolgerungen zusammen:

1. Die Ministerinnen und Minister haben die Bedeutung der Direktzahlungen hervorgehoben, sind allerdings der Ansicht, dass sie besser konzipiert werden könnten, indem sie so ausgerichtet werden, dass EU-weit gerechtere und bessere Ergebnisse für die Landwirte erzielt werden.
2. Hierfür sollte nur den echten Landwirten Unterstützung gewährt werden, die aktiv Landwirtschaft betreiben, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sowie Junglandwirten, kleinen und mittleren landwirtschaftliche Betrieben, Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen und Regionen mit Entwicklungsrückstand.
3. Viele Ministerinnen und Minister sind der Ansicht, dass Mechanismen wie Umverteilungsprämien und degressive Zahlungen sowie die Kappung der Direktzahlungen geprüft werden sollten. Solche Mechanismen sollten aus ihrer Sicht freiwillig und ins Ermessen der Mitgliedstaaten gestellt sein.
4. Der Grundsatz der Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten bei der Verteilung der Direktzahlungen wird allgemein als wichtiger Aspekt der Fairness betrachtet. Sämtliche maßgeblichen Aspekte sollten berücksichtigt werden.
5. Viele Ministerinnen und Minister haben betont, dass die fakultative gekoppelte Stützung als wirksames Instrument zur Unterstützung gefährdeter Sektoren wichtig sei, insbesondere in Anbetracht der zunehmend offenen Märkte und des Abschlusses einer Reihe von Freihandelsabkommen. Einige Mitgliedstaaten sind dafür, die fakultative gekoppelte Stützung auf weitere Sektoren und Zwecke auszudehnen, damit sie besser zur Verwirklichung der Ziele der GAP beiträgt, während andere erklärten, dass jedwedem Risiko der Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden sei.
6. Die Ministerinnen und Minister haben auf den aktuellen Beitrag der Landwirte zum Umweltschutz und zur Eindämmung des Klimawandels verwiesen. Sie fordern ehrgeizigere Umweltschutzziele für die GAP; hierfür müssten auf EU-Ebene gemeinsame Ziele festgelegt werden, ohne den fairen Wettbewerb zu gefährden. Die Landwirte sollten geeignete Anreize erhalten und angemessen für die von ihnen bereitgestellten öffentlichen Güter belohnt werden.
7. Bezüglich der vorgeschlagenen neuen Voraussetzungen, bei denen Auflagenbindung und Ökologisierung zusammengelegt werden, fordern die Mitgliedstaaten eine Überarbeitung und eine Straffung der gegenwärtigen Anforderungen, insbesondere in Bezug auf die Ökologisierung.

8. Die Mitgliedstaaten teilen die Ansicht, dass die vorgeschlagenen Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der zweiten Säule freiwillig bleiben sollten. Darüber hinaus müssten die im Rahmen der beiden Säulen finanzierten Maßnahmen zusammenwirken und komplementär sein, wobei Überschneidungen zu vermeiden seien.
9. Viele Ministerinnen und Minister unterstützen eine ergebnisorientierte Politik und sind für eine Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands. Um dies zu erreichen, müsse die derzeitige "grüne Architektur" der GAP erheblich vereinfacht werden. Gleichzeitig müsse den Mitgliedstaaten und den Regionen bei der Ausgestaltung der Maßnahmen mehr Flexibilität eingeräumt werden, um auf die örtlichen Besonderheiten und Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen zu ermöglichen.
10. Die Ministerinnen und Minister haben betont, dass die Lebensfähigkeit und Widerstandskraft der ländlichen Gebiete erhalten werden müssen, insbesondere durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstumsförderung und Erleichterung des Generationswechsels in der Landwirtschaft. Viele Ministerinnen und Minister sind der Meinung, dass Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums zum Ziel haben sollten, die Bedingungen in ländlichen Regionen insgesamt zu verbessern, die Lebensbedingungen dort attraktiver zu gestalten und jungen Menschen mehr Möglichkeiten zu bieten. Deshalb seien Abstimmung und Synergien mit anderen politischen Strategien der EU und anderen Strukturfonds wichtig für eine integrierte Entwicklung dieser Gebiete.
11. Die meisten Ministerinnen und Minister haben darauf hingewiesen, dass die gegenwärtigen Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums zu komplex sind; die Programmplanung müsse künftig einfacher werden, und die vorgeschlagenen GAP-Strategiepläne müssten von der Kommission zügig genehmigt werden. Die EU-Regeln für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums müssten vereinfacht und die einschlägigen Rechtsvorschriften rechtzeitig angenommen werden, damit die Mitgliedstaaten ihre Programmplanungsdokumente unverzüglich ausarbeiten können.
12. Viele Ministerinnen und Minister teilen die Auffassung, dass der Generationswechsel in der Landwirtschaft dringend gefördert werden muss, indem die Instrumente, die derzeit im Rahmen der beiden Säulen der GAP zur Verfügung stehen, verbessert werden und ihre Komplementarität mit anderen Maßnahmen auf EU oder nationaler Ebene verstärkt wird.
13. Der Rat hat die gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe und Kroatiens zu der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft" sowie die Bemerkungen der Mitgliedstaaten und der Kommission zur Kenntnis genommen.

14. Der Rat hat die Informationen der polnischen Delegation zum Beitrag der Kohäsionspolitik und anderer politischer Maßnahmen der EU nach dem Jahr 2020 zur ländlichen Entwicklung sowie die Bemerkungen der Mitgliedstaaten und der Kommission zur Kenntnis genommen.


Der Rat prüfte ferner die folgenden nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkte (4-5).

4. **Überarbeitung der Bioökonomie-Strategie der EU und die Rolle des Agrarsektors** 5757/18
Gedankenaustausch
5. **EU-Eiweißplan** 5841/18
Informationen der Kommission

Sonstiges

6. a) **Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe und Kroatiens zu der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft"**  6060/18
Informationen der ungarischen Delegation mit Unterstützung der tschechischen, der kroatischen, der polnischen und der slowakischen Delegation


TOP 6 a wurde unter TOP 3 behandelt.


- b) **Beitrag der Kohäsionspolitik und anderer politischer Maßnahmen der EU nach dem Jahr 2020 zur ländlichen Entwicklung - ergänzend zur Unterstützung im Rahmen der GAP**  6151/18
Informationen der polnischen Delegation

TOP 6 b wurde unter TOP 3 behandelt.

Der Rat befasste sich unter "Sonstiges" mit folgendem Punkt 6 c.

- c) **Task Force für das ländliche Afrika - Stärkung unserer Partnerschaft in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft** 6115/18
Informationen der Kommission

 Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

 Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags